

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuell

5. März 2010 • Nr. 8

Gastkommentar von Elisabeth Häusler
zum Thema Frauen in der Forschung

Entschlossen in die Zukunft



ÖSTERREICH 2020

NEUE AUFGABEN.
NEUE ANTWORTEN.
NEUE ALLIANZEN.

SPÖ

Das große Interesse und das rege Feedback, das die Veranstaltung zur Initiative „Österreich 2020“ ausgelöst hat, zeigt deutlich, dass die Sozialdemokratie mit diesem Diskursprozess goldrichtig liegt: Eine neue und moderne Form der Politik ist gefragt. Die großen wirtschaftlichen Umwälzungen und die politischen Megatrends sind als Chance zu begreifen – als Chance für Österreich. Wegmarken für die österreichische Politik und die Sozialdemokratie sollen gesetzt werden. Die Antworten dafür werden in einem Prozess gefunden, der nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm und schon gar nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet, sondern der transparent ist und an dem jede und jeder per Online-Forum teilnehmen und sich einbringen kann.

Die Regierungsklausur in Graz hat entscheidende Weichen gestellt. So wurden der Ausbau der Ganztagschule beschlossen, die Mindestsicherung und eine Reform des Privatkonkurses. Zur Regierungsklausur und zum Thema Transparenzdatenbank haben wir Bundeskanzler Werner Faymann interviewt.
Eure Redaktion

Highlights der Woche

„Österreich 2020“	4
Regierungsklausur.....	6
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	6
Internationaler Frauentag.....	8
Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek	9
Gastkommentar von der Projektleiterin des FEMtech FTI-Projekts FEMroute, Elisabeth Häusler.....	14

Österreichs sicherster Motorradfahrer gesucht

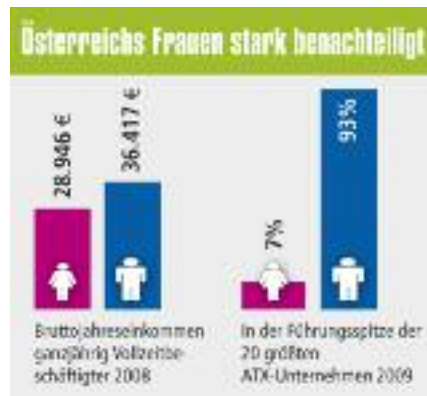
Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), das „Motorradmagazin“ und der ÖAMTC suchen im Rahmen von „Motorradfahrer 2010“ ab sofort den besten Biker oder die beste Bikerin Österreichs. Dabei geht es aber nicht um schnelle Rundenzeiten, sondern besonders um perfekte Fahrzeugbeherrschung in Alltagssituationen. Die besten Kandidaten treten am 7. August 2010 beim großen Finale im Fahrtechnikzentrum Teesdorf noch einmal gegeneinander an.



Verkehrsministerin Doris Bures mit dem ehemaligen Schirennfahrer Lanzinger.

Infos, Teilnahmebedingungen, und Termine unter www.bmvit.gv.at

THEMEN DER WOCHE



Quelle: Statistik Austria, Grafik: SPÖ

Von Gleichberechtigung weit entfernt

Eine gemeinsame Erhebung von Statistik Austria und der Europäischen Kommission zeigt auf, dass Frauen noch immer strukturell und ökonomisch benachteiligt werden. Besonders die Zahlen zum durchschnittlichen Jahreseinkommen und die erschreckend niedrige Frauenquote in Spitzenjobs beweisen, dass wir von wirklicher Gleichberechtigung noch meilenweit entfernt sind.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Wie soll Österreich in zehn Jahren aussehen?

Mit ihrer großen Zukunftsdiskussion „Österreich 2020“ erarbeitet die SPÖ neue Antworten auf wesentliche Fragen der Zukunft – und sie entwickelt im offenen Dialog Strategien zur Umsetzung.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at mit, wie Österreich in zehn Jahren aussehen soll.



BK a.D. Franz Vranitzky und der deutsche BM a.D. Egon Bahr.

Franz Vranitzky und Egon Bahr zu Gast im Bruno Kreisky Forum

Hochrangiger Besuch fand sich zur Präsentation der Edition „Willy Brandt-Berliner Ausgabe“ im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog ein, die genau auf den Tag des 40-jährigen Jubiläums des Amtsantritts von Bruno Kreisky fiel. Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Gründer des Bruno Kreisky Forums, und der deutsche Bundesminister a.D. Egon Bahr, der einer der einflussreichsten Berater Willy Brandts war, ließen die Ereignisse der „Kreisky und Brandt-Ära“ Revue passieren und berichteten über persönliche Erlebnisse und Eindrücke. Moderiert wurde das Gespräch von Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin von „Der Standard“.

Zitat der Woche

„Ich bin besonders stolz auf die Mindestsicherung. Denn die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Schwachen umgeht.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Einsparungen beim Opferschutz völlig inakzeptabel

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim zeigt sich entsetzt über die bekannt gewordene Einstellung der Prozessbegleitung für minderjährige Opfer in Salzburg. Da das Justizministerium die Gelder für die Einrichtung in Salzburg von 75.000 Euro auf 48.000 Euro gekürzt hat, es aber mehr zu betreuende Opfer gebe, könne das Kinderschutzzentrum keine neuen Fälle mehr annehmen. „Opfer von Gewalt und Missbrauch haben das Recht auf kostenlose rechtliche und psychosoziale Begleitung im Strafprozess. Das hat die Justizministerin, allenfalls in Abstimmung mit Finanzminister Pröll, sicherzustellen“, betonte Jarolim.



Schedl

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim



Neue Aufgaben, neue Antworten, neue Allianzen

Wir wollen mit „Österreich 2020“ Wegmarken für die österreichische Politik setzen und die Konturen eines sozialen und demokratischen österreichischen Wegs im 21. Jahrhundert schärfen. Die Menschen müssen wieder an die Wirksamkeit von Politik glauben können.



Zinner

Der Erfolg der „Österreich 2020“-Veranstaltung ist für uns ein Ansporn und ein Auftrag zugleich.

Der große Ansturm auf unsere Veranstaltung zur Initiative „Österreich 2020“ war beeindruckend. Eine inhaltliche Veranstaltung, die für 200 bis 300 Personen ausgerichtet war, wurde im wahrsten Sinne des Wortes zum „Renner“ an dem sich über 600 Interessierte beteiligten – ein eindrucksvolles Zeichen dafür, dass wir mit unserer Initiative auf dem richtigen Weg sind.

Es ist jetzt 40 Jahre her, dass Bruno Kreisky mit seinem Wahlsieg eine Ära der Modernisierung und des Fortschritts für Österreich eingeleitet hat. Auch heute sind wir gefordert, uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Allerdings sind Einfluss und Wirksamkeit von Politik seitdem enorm zurückgegangen, deshalb muss man neue Wege finden. Mit „Österreich 2020“ wollen wir eben deshalb in einer Symbiose zwischen Wissenschaft und Politik Entwicklungen rechtzeitig erkennen und beeinflussen.

Eine neue und moderne Form der Politik ist gefragt. Eine, die sich über das tagespolitische Geschehen hinaus den Herausforderungen stellt und über den „Tellerrand“ blickt. Es geht darum, sich den großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Megatrends zu stellen und sie vor al-

lem als Chance für Österreich zu begreifen. Das ist die zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Wir sehen es als unsere Aufgabe, uns auf kommende Entwicklungen vorzubereiten und die Weichen für die Zukunft, für eine faire und gerechte Gesellschaft zu stellen. Das bedeutet, sich der neuen Aufgaben bewusst zu sein, neue Antworten zu wagen und neue Allianzen einzugehen. Voraussetzung dafür ist aber der Prozess einer offenen Zukunftsdebatte, die bei den Bedürfnissen, Sorgen und Lebenslagen der Österreicherinnen und Österreicher ansetzt.

Besonderen Wert lege ich auf den vernetzten Ansatz des Projektes. Die isolierte Betrachtung einzelner Politikfelder hat endgültig ausgedient. Als Beispiel: Es kann keine isolierte Gesundheitspolitik, keine isolierte Bildungspolitik geben. Maßnahmen und Veränderungen in einem dieser Bereiche werden immer auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche haben.

Wir werden uns den Fragen stellen, wie das demokratische Gleichgewicht sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln wird, wie wir eine lebendige Demokratie mit engagierten Bürgerinnen und Bür-

„Wir sehen es als unsere Aufgabe, uns auf kommende Entwicklungen vorzubereiten und die Weichen für die Zukunft, für eine faire und gerechte Gesellschaft zu stellen. Das bedeutet, sich der neuen Aufgaben bewusst zu sein, neue Antworten zu wagen und neue Allianzen einzugehen.“

gern schaffen können und wer dabei mit uns eine Allianz eingehen wird. Damit das organisatorisch klappt, wurden acht Diskursgruppen eingerichtet, die von dem jeweils ressortzuständigen Regierungsmitglied geleitet, von Moderatorinnen und Moderatoren aus dem Renner-Institut und dem SPÖ-Parlamentsklub betreut und von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten unterstützt werden.

Der Erfolg der „Österreich 2020“-Veranstaltung vom 3. März ist für uns ein Ansporn, aber zugleich auch ein Auftrag. Gemeinsam werden wir sozialdemokratische Antworten definieren. Gemeinsam werden wir erfolgreich die Zukunft gestalten. ♦

ÖSTERREICH 2020

Zukunft jetzt

Österreich steht vor großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Um sich diesen zu stellen und sie als Chance zu begreifen, hat Bundeskanzler Werner Faymann die Initiative „Österreich 2020“ ins Leben gerufen.



Fotos: Zimmer

land, Wissenschaftler und Journalisten, sind für die Veranstaltung angereist.

Phase I: Diskurs und Analyse

Aufgabe und Ziel der ersten Phase ist es, zukunftsorientierte Diskurse zu initiieren und Analysen und Lösungsvorschläge zu sammeln. Unter der Verantwortung von SPÖ-Ministern und – Staatssekretären wird im Rahmen von acht übergeordneten Themenfeldern (siehe Grafik) eine offene Zukunftsdebatte – in Diskursgruppen, Expertendiskussionen, Veranstaltungen und in Online-Foren www.oe2020.at – geführt. Die Diskursgruppen werden von Moderatoren aus dem Renner-Institut und dem SPÖ-Parlamentsklub betreut. Sie werden von

„Die Sozialdemokratie ist eine gesellschaftliche Kraft, die etwas ändern möchte und die viele einladen möchte, über ihre Zukunft mitzudiskutieren“, so Bundeskanzler Werner Faymann auf der „Ö2020“-Veranstaltung.

Die erste Phase des Projekts „Österreich 2020“ startete Anfang 2010 mit der Organisation der Diskursgruppen.

„Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ – das war das Thema der Veranstaltung im Rahmen der SPÖ-Initiative „Österreich 2020“ am 3. März im Wiener Museumsquartier. Die Veranstaltung wurde von über 600 Personen besucht – doppelt so viele wie erwartet – weshalb ein zweiter Saal mit Videowall-Übertragung eingerichtet werden musste. Nach der Eröffnung durch Bundeskanzler Werner Faymann hielt der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel eine Keynote und Expertinnen und Experten diskutier-

ten über die politischen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Anwesend waren die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, ehemalige Mitglieder wie der Bundesminister a. D. Hannes Androsch sowie Vertreter der Bundesländer und der Vorfeldorganisationen wie der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation und des VSSStÖ. Auch Gäste aus dem Aus-



Diese acht Arbeitsgruppen leisten die Basisarbeit für das Projekt.

gestalten



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas betont, dass „das Projekt von enger Zusammenarbeit und der Beteiligung von uns allen lebt“. „Österreich 2020“ habe die dafür notwendigen „offenen, innovativen Strukturen“, so RI-Direktor Karl Duffek.

wissenschaftlichen Experten begleitet und unterstützt. Während dieser Etappe sollen laufend Zwischenergebnisse erarbeitet und erste wichtige Erkenntnisse präsentiert werden.

Sozialdemokratie: stark und offen

Die SPÖ sieht es als ihre Aufgabe, sich auf kommende Entwicklungen vorzubereiten und Weichen für eine faire und gerechte Gesellschaft zu stellen. Das bedeutet, sich der neuen Aufgaben bewusst zu sein, neue Antworten zu wagen und neue Allianzen einzugehen.

Bundeschancellor Werner Faymann lädt ein, gemeinsam über diese Zukunftsfragen und Herausforderungen nachzudenken und im offenen und beteiligungsorientierten Dialog neue Antworten auf die Fragen der Zukunft zu finden. Denn: „Stark ist die Sozialdemokratie, wenn sie offen ist und wenn sie sich der Kraft der Allianzen bewusst ist“, das habe man, so Faymann, von Kreisky gelernt.

Zielsetzungen für „Österreich 2020“

Ziel der Initiative „Österreich 2020“ ist es, eine offene Zukunftsdebatte zu führen und gemeinsam Antworten auf Zukunftsfragen und Herausforderungen mit der Perspektive 2020 zu erarbeiten. Diese sollen die Grundlage für die Sozialdemokratie bilden, über die Tagespolitik hinausgehen, aber auf sie einzuwirken. „Wir wollen die Zukunft nicht einfach auf uns zukommen lassen, sondern in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik Prozesse rechtzeitig erkennen und wenn nötig gegensteuern. Österreich soll ein Vorbild für moderne Politik werden“, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die die sozialdemokratische Zukunftsdebatte gemeinsam mit dem Direktor des Renner-Institutes, Karl Duffek, leitet und koordiniert. Duffek

„Die Qualität einer Demokratie ist umso beständiger, je vollständiger seine Bürger sozial, wirtschaftlich und kulturell integriert sind.“

**Politikwissenschaftler
Wolfgang Merkel**

möchte mit „Österreich 2020“ „Antworten auf die Frage finden, wie ein sozialdemokratisch geführtes Österreich in 10 oder 15 Jahren aussehen“ solle.

Österreich 2020 – ein Projekt für alle

Um eine lebendige Demokratie mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und um eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaft mit gerechten Arbeitsbedingungen für alle.

„Österreich 2020“ ist für die gesamte laufende Legislaturperiode konzipiert – mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Aktionsformen (Diskursgruppen, Veranstaltungen, Expertendiskussionen ...). Die Einzigartigkeit von „Österreich 2020“ liegt darin, dass parallel zu den Diskussionen und zur wissenschaftlichen Arbeit auch gleich Strategien zur Umsetzung entwickelt werden. ♦



Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, Peter Bofinger (Mitglied des deutschen Sachverständigenrats, „Wirtschaftsweiser“), Rainer Münz (Mitglied des EU-„Weisenrats“) und Sybille Pirklbauer (AK-Expertin für Frauen- und Familienpolitik) diskutierten über die Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Durch die Veranstaltung führte Agnes Streissler.

ARBEITSTREFFEN

Resümee: erfolgreich!

Wichtige Entscheidungen für Österreich und seine Menschen wurden bei der zweitägigen Klausur der SPÖ-geführten Bundesregierung in Graz getroffen.

Neben intensiven Arbeitssitzungen, Pressekonferenzen und einem Ministerrat standen auch ein Treffen mit der steirischen Landesregierung sowie ein Empfang in der Aula der Alten Universität Graz am Programm. Wichtige Einigungen konnten erzielt werden: Mehr Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik stehen zur Verfügung, die bedarfsorientierte Mindestsicherung gibt es ab September, das Angebot ganztägiger Schulformen wird ausgebaut, die neue Lehrerausbildung kommt, eine Arbeitsgruppe wird sich künftig mit der Transparenz staatlicher Leistungen auseinandersetzen. Der Privatkonkurs und das Insolvenzrecht für Unternehmen wurden reformiert. Fazit: Ergebnisorientiert und gut vorbereitet – Das war die Klausur der Bundesregierung in Graz. Österreich investiert zur rechten Zeit in Forschung, Entwicklung und Bildung. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht nach wie vor im Brennpunkt der Regierungspolitik.



Das Arbeitsklima in der Regierung ist produktiv: In Graz wurde vieles weitergebracht.

INTERVIEW

„Die SPÖ bestimmt die Themen“

Bundeskanzler Werner Faymann im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Ergebnisse des zweitägigen Arbeitstreffens der Bundesregierung, die Mindestsicherung und mehr Transparenz über staatliche Förderungen.



Bundeskanzler Werner Faymann ist mit der Stimmung in der Regierung zufrieden und erkämpfte bei der Regierungsklausur wichtige Einigungen.

SPÖ Aktuell: Herr Bundeskanzler, Ihr Resümee der Regierungsklausur in Graz?

Werner Faymann: Ich bin mit der Stimmung in der Bundesregierung zufrieden. Wir als Sozialdemokraten haben einige wesentliche Schwerpunkte gesetzt, wie den Fahrplan zur von uns für das Land als so wichtig empfundenen Ganztagschule oder die Vereinbarung zur Finanzierung der Mindestsicherung, also einem Ausbau des modernen Sozialstaates Österreich. Und wir haben weitere konkrete Schritte für die Verwaltungsreform beschlossen. Außerdem

Zimmer wird ein neues Insolvenzrecht für Unternehmen kommen, das auf den Erhalt von Arbeitsplätzen abzielt. Und bei Privatkonkursen werden endlich auch Härtefälle stärker berücksichtigt. Die SPÖ hat also eindeutig die Themen bestimmt.

War es schwer, der ÖVP das endgültige Ja zur bedarfsorientierten Mindestsicherung abzurufen?

Faymann: Hin und wieder muss man auch dem anderen einen kleinen Erfolg gönnen. Was aber für mich als Sozialdemokrat das Wichtigste ist: Die Mindestsicherung wird kommen – wie wir das auch versprochen haben. Die Leute können sich auf mich verlassen. Die Reintegration in den Arbeitsmarkt und der Weg aus der Armutsspirale stehen dabei für mich im Vordergrund. Für Missbrauch werden wir auch weiterhin kein Verständnis aufbringen. Mir ist auch bewusst: Die beste Mindestsicherung ist der Kampf gegen die Wirtschaftskrise, um wieder ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen und damit Erwerbsarbeit für alle zu ermöglichen.

Hat die ÖVP versucht, ihr Transferkonto durchzudrücken?

Faymann: Die ÖVP hat laufend in Ver-

handlungen versucht, ihr so genanntes Transferkonto durchzusetzen, ohne aber klar zu sagen, wie es aussehen soll, was es eigentlich bewirken soll und vor allem, was die Volkspartei wirklich damit bezweckt. Ich sage aber noch einmal ganz klar und deutlich: Ein Neidkonto, das zum Ziel hat, Nachbarn gegeneinander auszuspielen, wird es mit mir, wird es mit der Sozialdemokratie nicht geben. Sinnvoll kann hingegen sein, staatliche Förderungen, vor allem im Bereich der Unternehmen und der Landwirtschaft – transparent zu machen. Für einen fair und gerecht ausgestalteten Staat ist es durchaus wichtig, einen Überblick über Geld- und Sachleistungen aller Gebietskörperschaften – Bund, Länder, Gemeinden – zu bekommen und diese auf Doppelgleisigkeiten zu überprüfen. Der Staat muss sparen, aber dabei muss es gerecht zugehen. Dass es sich wieder nur einige Wenige richten, das wird es mit mir als Bundeskanzler nicht geben. Die Leistungen bei Bildung oder Gesundheit dürfen nicht kaputt gemacht werden. Jetzt wird einmal eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich die Grundlagen für eine Transparenzdatenbank ansehen wird.

MINDESTSICHERUNG

Ein sozialpolitischer Meilenstein

Bei der Regierungsklausur in Graz hat sich die SPÖ-geführte Bundesregierung endgültig auf die Einführung der Mindestsicherung geeinigt. 270.000 sozial Bedürftige werden davon profitieren.

Ich bin besonders stolz auf die Mindestsicherung, denn damit bekämpfen wir die Armut“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann. Durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung erhalten sozial bedürftige Menschen nicht nur 12 mal jährlich 744 Euro, sondern auch mehr Gerechtigkeit und Rechtssicherheit beim Zugang zu dieser Sozialleistung, volle Krankenversicherung und aktive Unterstützung durch das AMS auf dem Weg zur Erwerbsarbeit.

Politik mit sozialdemokratischer Handschrift

Sozialminister Rudolf Hundstorfer zeigte sich erfreut darüber, dass mit der Unterschrift zur 15a-Vereinbarung das end-

gültige Ja zur Mindestsicherung von Seiten der ÖVP gekommen ist: „Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung bauen wir unseren aktivierenden Sozialstaat weiter aus.“ Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas ist die Mindestsicherung „ein sozialpolitischer Meilenstein, um Menschen aus der Armutsspirale zu helfen und sie auf dem Weg zurück in die Erwerbsarbeit zu unterstützen“. SPÖ-Klubobmann Josef Cap begrüßte das Ja der ÖVP zu einer „wirksamen und treffsicheren Methode um Armut zu bekämpfen“ ebenfalls. Auch SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits zeigte sich erfreut über „die große Chance, besonders für Langzeitarbeitslose, wieder den Weg zurück ins Erwerbsleben zu finden“.

„Die Mindestsicherung ebnet den Weg zurück in den Arbeitsmarkt. Sie ist ein sozialpolitischer Meilenstein und Österreich das einzige Land Europas, das trotz Krise seinen Sozialstaat weiter ausbaut.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



BMASK

Die SPÖ hat sich durchgesetzt: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung bringt 200 Millionen Euro für sozial Bedürftige.

BILDUNG

Endlich: Mehr Ganztagsschulen kommen

Ein weiterer Erfolg der SPÖ bei der Regierungsklausur: Bildungsministerin Claudia Schmied hat der ÖVP das Ja für den Ausbau ganztägiger Schulangebote abgerungen.

Zwei Drittel der befragten Eltern von Kindern im Pflichtschulalter wollen sie und bei der Wiener Volksbefragung stimmten sogar 77 Prozent für die Ganztagsschule. Bei der Regierungsklausur in Graz hat sich Claudia Schmied mit ihrer Forderung nach mehr ganztägigen Schulangeboten durchgesetzt. Nach dem Ja der ÖVP ist es nun möglich, „auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder und Eltern einzugehen und Angebote mit Tagesbetreuung vor und nach dem Unterricht, sowie verschränkte Angebote bedarfsgerecht für die verschiedenen Regionen zu erarbeiten“, wie es im Ministerratsvortrag der Bildungsministerin heißt.

Die Zeit der Umsetzung ist gekommen

Das Ja der ÖVP zum Ausbau ganztägiger



Bildungsministerin Claudia Schmied hat sich bei den Ganztagsschulen durchgesetzt: ÖVP-Finanzminister Pröll hat bereits mehr Geld für ganztägige Schulbetreuung zugesagt.

Schulformen war auch deshalb so „wichtig, weil es die geballte gemeinsame Kraft der Bundesregierung braucht“, so Schmied. Jetzt ist die Zeit der Umsetzung gekommen. Ziel ist eine Verdreifachung

des bestehenden Angebots von 120.000 Plätzen auf rund 350.000 Ganztagsbetreuungsplätze – diesen Gesamtbedarf hat bekanntlich die große Elternbefragung ergeben. Bis zum Sommer werden Vertreter der Länder, Städte und Gemeinden nun einen Masterplan für den Ausbau erarbeiten. Die Gruppe wird sich mit der Erarbeitung von Rahmenbedingungen und Best-Practice-Modellen genauso beschäftigen wie mit der Einschätzung des konkreten Bedarfs in den einzelnen Bundesländern. Auf Basis des Masterplans geht es ab Herbst in die Umsetzung und Finanzierung. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer freute sich über einen „Riesenschritt in der Bildungspolitik“. Es sei der Bildungsministerin „dank ihres beharrlichen Engagements gelungen, dass jetzt auch die ÖVP beim Ausbau ganztägiger Schulangebote mit im Boot ist“.



FRAUENTAG

Karriere jetzt: W

Der Internationale Frauentag am 8. März steht für die SPÖ Frauen ganz im Zeichen der ungleichen Karrierechancen von Frauen und Männern: Der gläsernen Decke wird der Kampf angesagt.

„Für Österreich ist es höchste Zeit für eine verpflichtende Quotenregelung.“

**SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin
Andrea Mautz**

Für Frauen ist es ungleich schwieriger die Karriereleiter hinaufzukommen. Es beginnt damit, dass die Rollenklischees Frauen immer noch in schlecht bezahlte Ausbildungsschienen und Berufsfelder drängen, dass Frauen geringere Einstiegsgehälter erhalten, dass die Rahmenbedingungen – Stichwort Kinderbetreuung – immer noch nicht optimal sind, und endet damit, dass Frauen – nur weil sie Frauen sind – nicht als Option für eine Spitzenposition gesehen werden“, erklärt SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz, warum die Frauenorganisation der SPÖ diesen 8. März, den Internationalen Frauentag, unter das Motto: „Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“ stellt.

Tatsache ist: Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute. Die Bildungsstatistik zeigt, dass Frauen in Österreich in den vergangenen 40 Jahren enorm aufgeholt haben. 85 Prozent der Frauen haben einen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss. Bei den Männern sind es nur 83 Prozent.

Aber: Frauen verdienen um 22 Prozent weniger als Männer, wenn sie das ganze



Fotolia

**Frausein und Karriere sollen kein Widerspruch mehr sein.
Die Kampagne der SPÖ Frauen macht österreichweit auf das Thema aufmerksam.**

Jahr Vollzeit arbeiten. Mehr Bildung wirkt sich zwar insgesamt positiv auf die Einkommenssituation aus, aber die gute Bildung bringt Frauen trotz allem weniger als Männern. Jedes Ausbildungsjahr liefert Männern 0,5 Prozent-Punkte mehr Geld am Gehaltszettel als es Frauen bringt. Mit steigendem Bildungsniveau klappt die Einkommensschere so noch stärker auseinander.

Frauen und Männern in den einzelnen Gehaltsgruppen offen gelegt werden. Zur Unterstützung des Vorschlags von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek haben die SPÖ Frauen die Plattform „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ins Leben gerufen. Infos und die Möglichkeit, die Aktion zu unterstützen, finden Sie unter www.frauen.spoe.at.

INFO

Seit wann gibt es den Frauentag?

Der Internationale Frauentag wurde 1910 auf Vorschlag von Clara Zetkin im Rahmen der Sozialistischen Frauen-Konferenz in Kopenhagen beschlossen und im Jahr darauf gab es den ersten Frauentag in Österreich-Ungarn. 1975 wurde er von der UNO als Gedenktag anerkannt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Damit Frauen ein gerechtes Gehalt fordern können, gehören die Fakten zu den Einkommensunterschieden in einem Betrieb auf den Tisch gelegt. In Betrieben mit mehr als 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen daher die durchschnittlichen Löhne und Gehälter von

Kinderbetreuung und Ganztagsschule

Ganztägige Kinderbetreuung ist die Voraussetzung für berufliches Weiterkommen. Notwendig ist ein flächendeckendes Angebot qualitativer und bedarfsgerechter (vor allem in Bezug auf die Öffnungszeiten) Kinderbetreuung für alle Altersgruppen. Die SPÖ Frauen fordern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung.

eiter auf der Leiter!

Mehr Frauen in Führungspositionen

Auffallend ist die unterdurchschnittliche Frauenpräsenz in den Führungsetagen der börsennotierten Unternehmen. Mit 97 Prozent sitzen fast nur Männer in den Vorstandsetagen der ATX-Konzerne, auch die Aufsichtsräte sind dort mit 94 Prozent fast ausschließlich in Männerhand. Um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, fordern die SPÖ Frauen verpflichtende Quoten.

Aufbrechen von Rollenklischees

Die SPÖ Frauen wollen Frauen ermutigen, neue Chancen zu ergreifen und in untypische Berufsfeldervorzudringen. Dafür müssen auch die Betriebe durch bewusstseinsbildende Maßnahmen sensibilisiert werden, damit sich den Frauen in Zukunftsbranchen auch reale Berufsmöglichkeiten bieten. Wesentlich ist auch geschlechtssensible verpflichtende Berufs- und Bildungswegorientierung an allen Schulen. ♦

WEBTIPP



Frauentag-Kurzfilm

Anlässlich des Internationalen Frauentages 2010 haben die SPÖ Frauen einen Kurzfilm produziert. Es geht darin um die Ungerechtigkeiten, mit denen Frauen immer noch tagtäglich konfrontiert sind: Angefangen von der Einkommensschere über die niedrigere Erwerbsquote bis hin zu geringen Aufstiegschancen am Arbeitsmarkt.

Musik: Sybille Käfer

Ansehen unter www.frauen.spoe.at.

INTERVIEW

„Das Wort Karrierefrau hat immer noch einen bitteren Beigeschmack“

Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek spricht mit „SPÖ Aktuell“ über Johanna Dohnal, Frauenquoten und Einkommenstransparenz.

SPÖ Aktuell: Der Tod von Johanna Dohnal hat über die Parteigrenzen hinweg für Betroffenheit gesorgt. Was ist für Sie persönlich das Erbe Johanna Dohnals?

Gabriele Heinisch-Hosek: Ich bin über die Quotenregelung der SPÖ in die Politik gekommen – das heißt, ohne Johanna Dohnal, die diese Regelung initiiert hat, wäre ich nicht Ministerin. Johanna Dohnal war für mich eine einzigartige, mutige, entschlossene Frau, die gegen alle Widerstände ihren Weg gegangen ist. Von Dohnals Politik hat jede Frau in Österreich profitiert. Ich denke da etwa nur an ihren Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper, ihr Engagement für gleiche Einkommen von Männern und Frauen und für von Gewalt betroffene Frauen. Die Ko-Finanzierung der Gewaltschutzzentren durch das Innenministerium sollte, wie ich bei dieser Gelegenheit betonen will, auf keinen Fall reduziert werden. Denn immer mehr Frauen suchen Hilfe.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist aber selbst 40 Jahre nach dem Beginn von Dohnals offensivem frauenpolitischen Ansatz noch immer nicht Realität ...

Heinisch-Hosek: Das ist richtig. Und das, obwohl und Frauen immer besser ausgebildet sind, obwohl mehr Frauen als Männer studieren. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen wird bei steigender Bildung sogar noch größer: Mit Pflichtschulabschluss verdienen Frauen um zwei Euro weniger in der Stunde als Männer, bei Akademikerinnen beträgt die Schere schon sechs Euro. Dazu kommt, dass das Wort „Karrierefrau“ immer noch einen bitteren Beigeschmack hat. Gerne sieht Mann



Heinisch-Hosek sieht in einer 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte eine gute Möglichkeit, um mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen.

gesellschaftlich die Rolle der Frau so: Sie hält die Karriereleiter und er steht ganz oben. Eine Bewusstseinsänderung ist hier ganz wichtig, auch geänderte Rahmenbedingungen, wie z.B. der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen.

Aber das ist nicht genug...?

Heinisch-Hosek: Genau, deshalb habe ich auch immer wieder angeregt, dass die Unternehmen die Einkommen anonymisiert bekanntgeben sollen. Ich bin überzeugt, dass die Einkommenstransparenz einiges zum Positiven verändern wird. Weiters wollen wir SPÖ Frauen mehr Frauen in Führungspositionen durch verpflichtende Quoten. In den Top-200 Unternehmen in Österreich sind nur rund neun Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. Die 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte ist meiner Meinung nach ein probates Mittel, um mehr Frauen in Führungsetagen zu bringen. Denn: Was in Norwegen hervorragend funktioniert, sollte auch hier in Österreich möglich sein. ♦

KOMMUNIKATION

Der digitale Wohlfahrtsstaat

Auf Initiative von SPÖ-Technologiesprecher Kurt Gartlehner wurde das Strategiepapier „Moderne Kommunikationstechnologie im Verständnis der SPÖ“ im Rahmen einer Enquete im Parlament präsentiert.



Hf

StS Josef Ostermayer, Moderator Franz Zeller (ORF), Kurt Gartlehner, Wiener LT-Abg. Barbara Novak, Martin Prager (WKO), und Christoph Matznetter diskutieren über neue Technologien.

mations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ermöglicht einen weiteren Schritt in die Zukunft.“ Der Nutzen der neuen Technologien: „Effizienz, Service und Qualität für Bürger und Unternehmen.“

Digitalen Wohlfahrtsstaat errichten

„Wir als Sozialdemokraten wollen eine offene Kommunikationsgesellschaft für alle erreichen und dabei die Bürgerrechte in der digitalen Zukunft gewährleisten“, betonte Gartlehner. Das Ziel: „Wir wollen eine hochwertige Arbeits- und Lebenswelt für die Österreicher sicherstellen und einen digitalen Wohlfahrtsstaat errichten.“ In der IKT stecke auch erhebliches Effizienzpotential für die Verwaltung und für Betriebe.

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter legte besonderes Augenmerk auf die Rolle der Sozialdemokratie im Informations- und Medienzeitalter. „Unter Wahrung ihrer Grundsätze muss die Sozialdemokratie für die Partizipation aller kämpfen“, so Matznetter. Bildung und Wissen müssen für alle zugänglich sein. ♦

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer eröffnete die gut besuchte Veranstaltung im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“. „Die Sozialdemokratie hat sich immer schon zu technologischem Fortschritt bekannt, auch im Informations- und Kommunikationssektor“, so Ostermayer. Erfreulich: Österreich zählt im Bereich „e-Government“, d.h. unter anderem Behördenwege oder Kommunikation via Internet

abzuwickeln, zur Weltspitze. „help.gv.at“ etwa verzeichnet in den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres 20 Prozent Nutzungszuwachs, das sind in Summe 1,15 Mio. Zugriffe.

Kurt Gartlehner, der Initiator der Enquete, verwies auf die Bedeutung des Internets: „Das Internet ist, wie der Buchdruck und die Erfindung des bewegten Bildes, eine demokratische Revolution, die zu Bildung und Information führt. Die Infor-

KINDER/JUGEND

SPÖ fordert Vereinheitlichung des Jugendschutzes

Noch immer ist Jugendschutz in Österreich unterschiedlich geregelt. SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger fordert daher eine Vereinheitlichung.

Zinner



SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger

Niederösterreich und dem Burgenland dienen. ♦

Es ist skurril, dass in einem Bundesland etwas für einen 16-jährigen Jugendlichen verboten ist, das in einem anderen Bundesland für einen Gleichaltrigen erlaubt ist“, so Lueger. Für die SPÖ-Jugendsprecherin sind die Forderungen der Bundesjugendvertretung auf alle Fälle eine gute Basis. „Minister Mitterlehner und Staatssekretärin Marek müssen nun rasch handeln und eine österreichweite Vereinheitlichung des Jugendschutzes vorantreiben“, betont Lueger. Als Vorbild könnten die hohen Standards von Wien,

DATENSCHUTZ

Bestätigung für österreichischen Weg

Das deutsche Urteil zur umstrittenen Vorratsdatenspeicherung, laut dem die anlasslose Speicherung von Telefondaten nicht verfassungskonform ist, bestätigt den Weg von Infrastrukturministerin Doris Bures.



Ministerin Bures' Leitlinie: maximaler Datenschutz und maximaler Schutz der Grundrechte.

Fotolia

Im Unterschied zu Deutschland habe ich eine weitaus restriktivere Umsetzung vorgeschlagen, eben weil das aus Grundrechtsüberlegungen eine so sensible Materie ist“, so Bures. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Datenübermittlung auf niederschwellige Delikte wie z.B. das illegale Downloaden von Musik als verfassungswidrig erkannt. ♦

derschwellige Delikte wie z.B. das illegale Downloaden von Musik als verfassungswidrig erkannt. ♦

Sachbuch

Geheimbünde in Österreich

Die Autoren gewähren einen Einblick in die Welt österreichischer Geheimbünde sowie in die Details über Rituale, Ziele und Weltanschauung dieser mysteriösen Organisationen.

Geheimgesellschaften: Es gibt sie wirklich. Auch in Österreich. Und ihre verborgenen Aktivitäten sind präsenter, als man glauben möchte. Angeblich verschaffen sie Macht, Geld und Einfluss. Ihre geheimen Machenschaften sind vielen suspekt und geben spätestens seit den Weltbestsellern von Dan Brown Anlass zu zahlreichen Spekulationen und Verschwörungstheorien. Die umfassende und profunde Recherche des Autorenteam ermöglicht

erstmalig einen Blick hinter sonst verschlossene Türen und bringt etwas Licht ins Dunkel.

Wo haben Geheimbünde ihre Wurzeln? Worin bestehen die großen Ziele? Welche Geheimnisse hüten sie? Wer zieht die Fäden? Wie wird man in eine solch illustre Runde aufgenommen? Folgen Sie den Autoren in eine Welt voller mystischer Geheimnisse, geschichtsträchtiger Symbole und bewegender Rituale. ♦

Analyse

Es reicht! Für alle!

Dieses Buch macht Schluss mit dem Mythos Mangel. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist Armut vermeidbar. Das Buch ist ein drängendes Plädoyer für eine gerechte Wohlstandsverteilung.

Die beiden Sozialexperten Martin Schenk und Michaela Moser machen in ihrem faktenreichen Plädoyer deutlich, dass – selbst in Zeiten der Krise – genug für alle da ist, dass Armut vermeidbar und die Frage der gerechteren Verteilung des Wohlstands zur Vermeidung von gesellschaftlichen Konflikten eine der drängendsten in Politik und Wirtschaft ist. Anhand von internationalen Beispielen und Best-

Practice-Modellen aus unterschiedlichen Ländern zeigen die Autoren, was etwa Ausbildungsoffensiven, gezielte Kampagnen und ein deutlich gewandelter Begriff von Arbeit und Arbeitszeit bringen können. Denn nur eine gute Ausbildung schützt vor einem Leben in Arbeitslosigkeit und Armut. Das Buch bietet Perspektiven und Strategien für die Aufräumarbeiten im Anschluss an die globale Wirtschaftskrise. ♦

Geschichte

Wien - retour

Otto Binders bewegtes Leben ist bestimmt von seiner Verbindung zur Sozialdemokratie und Verfolgung durch ihre Gegner.

Aufgewachsen im Wien des Ersten Weltkrieges findet der Autor schon früh den Weg in die Sozialistische Jugendbewegung. Die Sozialdemokratie ist das prägende Erlebnis, ist für ihn Solidarität, Familie und Ort der jüdischen Assimilation zugleich. Hier beginnt die „Reise“ durch die verschiedenen Zeiten und an die unterschiedlichen Orte, deren Route nicht immer freiwillig gewählt war: Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten wird Otto Binder vom austrofaschistischen Regime

inhaftiert, die Nationalsozialisten deportierten ihn nach Dachau und Buchenwald. 1939 kann er nach Schweden emigrieren, und von nun an bestimmen die Sorge um die zurückgebliebenen Angehörigen und um eine berufliche Existenz das Leben des Emigranten. Über all dem steht aber die Frage, ob man nach Österreich zurückkehren soll und kann. Otto Binder hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. 1949 kommt er nach Wien zurück, um zu bleiben. ♦



..... Stk.



Boberski, Gnaiger, Haudinger, Schaller, Weichinger (Hsg.):
Mächtig, Männlich, Mysteriös
Haymon Verlag, Innsbruck-Wien 2010; 308 S., 12,95 €



..... Stk.



Schenk, Moser:
Es reicht! Für alle! – Wege aus der Armut.
Deuticke im Zsolnay Verlag, Februar 2010,
237 S., 20,50 €



..... Stk.



Otto Binder:
Wien – Retour. Bericht an die Nachkommen.
Böhlau Verlag, Wien 2010;
189 S., 24,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WK-WAHLEN

Matznetter verteidigt Platz zwei



Der Sozialdemokratische

Wirtschaftsverband (SWV) konnte mit 11,8 Prozent bundesweit das fulminante Ergebnis von 2005 halten. In Wien wurden sogar 30 Prozent erreicht.

„Wir freuen uns sehr, dass wir das Rekordergebnis der Wirtschaftskammer-Wahl 2005 im Wesentlichen gehalten haben“, kommentierte der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter das Ergebnis der Wirtschaftskammer-Wahlen (WK). Das vorläufige Endergebnis ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass der SWV das Vertrauen der Klein- und Mittelbetriebe sowie Einpersonen-Unternehmen erneut gewonnen hat. „Unser Auftrag ist klar: Weitermachen wie bisher, Druck machen



SWV-Präsident Christoph Matznetter sieht im Wahlergebnis den Kurs des SWV bestätigt.

und Ideen im Sinne der kleinsten Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land durchsetzen“, betonte Matznetter.

Rudas erfreut über Wiener Ergebnis

Sehr erfreut zeigte sich SPÖ-Bundesge-

Spiola schäftsführerin Laura Rudas vor allem über das Ergebnis in Wien von knapp 30 Prozent. In Richtung Wirtschaftskammerpräsident Leitl betonte die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin: „Die niedrige Wahlbeteiligung muss ernst genommen werden. Es ist seine Aufgabe, die Funktion der Wirtschaftskammer zu verdeutlichen, um so den Wählern zu zeigen, wofür die Kammer steht.“

Schieder gratuliert zum zweiten Platz

„Es war in vielerlei Hinsicht kein leichter Wahlkampf, dennoch ist es dem SWV gelungen, ein achtbares Ergebnis zu holen, den zweiten Platz klar zu verteidigen und zum Beispiel im Burgenland und Vorarlberg auch ein ordentliches Plus zu erzielen“, so SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder über das Ergebnis der WK-Wahlen. ♦

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER Wahlen: SPÖ-Bauern haben sich behauptet



ihre Mandate verteidigen.

Bei den LK-Wahlen in Salzburg und Niederösterreich konnten die SPÖ-Bauern



Bilderbox

Mit vollem Einsatz und Elan haben die SPÖ-Bauern ihre Mandate verteidigt.

In Niederösterreich erhielten die SPÖ-Bauern 5,10 Prozent der Stimmen und konnten damit ihre vier Sitze in der Landwirtschaftskammer (LK) halten. Die Anliegen der SPÖ-Bauern werden von Spitzenkandidat Josef Etzenberger, Karl Kamplleitner, Josef Mayer und Maria Ledermüller vertreten. In Salzburg haben die SPÖ-Bauern 5,48 Prozent der Stimmen bekommen. Sie halten nach wie vor ein Mandat. Dieses hat der Landtagsabgeordnete Robert Zehentner inne. ♦

BURGENLAND Maßnahmenpaket gegen Arbeitslosigkeit

Ziel ist es, eine nachhaltige Trendwende am Arbeitsmarkt sicherzustellen.



Das Burgenland ist eines von drei Bundesländern, in denen es einen Rückgang bei der Arbeitslosigkeit gibt. „Neuerlich zeigt sich, dass das Burgenland der Krise besser trotzen kann als andere“, sagt SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl. Für ihn ist klar, dass man sich nun nicht zurücklehnen darf. Ein Maßnahmenpaket soll eine nachhaltige Trendwende sicherstellen. „Wir setzen mit einem Volumen von neun Millionen Euro das größte Paket für Jugendbeschäftigung in der Geschichte des Landes um“, so Niessl. Weitere geplante Maßnahmen sind die Fortführung der Sanierungsoffensive und ein Investitionsprogramm. ♦



SPÖ Bgld

Arbeitsmarkt: LH Hans Niessl schnürt das größte Jugendbeschäftigungspaket in der Geschichte des Landes.

NIEDERÖSTERREICH

Aktion „Wachsamer Nachbar“



Bei der Aktion „Wachsamer Nachbar“ soll die Sensibilität der Menschen füreinander gestärkt werden, um so für mehr Sicherheit zu sorgen.



„Uns ist das Sicherheitsgefühl der Menschen wichtig.“
Landesgeschäftsführer der SPÖ Niederösterreich
Günter Steindl bei der Präsentation der Aktion
„Wachsamer Nachbar“.

„Das Sicherheitsgefühl der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nimmt kontinuierlich ab“, betont Günter Steindl, Landesgeschäftsführer der SPÖ Niederösterreich. Für die SPÖ NÖ ist daher klar: Es braucht 500 zusätzliche Polizisten. „Eine Forderung, die mehr als 25.000 Niederösterreicher mit ihrer Unterschrift unterstützen“, so Steindl. Er verweist auch auf die steigende Zahl der angezeigten Straftaten. Die insgesamt 16.342 Einbrüche in Wohnungen und Einfamilienhäuser im Vorjahr sprechen eine deutliche Sprache: „Innenministerin Fekter ist gefordert, die von Bundeskanzler Werner Faymann bewilligten

1.000 zusätzlichen Polizisten für Österreich auszubilden“, so Steindl, der auch an die 3.000 abgebauten Planstellen erinnert. Für diesen sicherheitspolitischen „Kahlschlag“ waren ausnahmslos VP-Innenminister verantwortlich, betont er.

Nachbarschaftshilfe für mehr Sicherheit

„Die SPÖ Niederösterreich hat bereits gehandelt, weil uns das Sicherheitsgefühl der Menschen wichtig ist“, versichert Steindl. Bei der von Landeshauptmann-Stv. Sepp Leitner initiierten Aktion „Wachsamer Nachbar“, geht es darum, die Zivilcourage der Menschen zu stärken. Im Zentrum steht die Nachbarschaftshilfe, die in Niederösterreich fest im Gemeindeleben verankert ist. „Bei Sicherheitstagen wird die Sensibilität der Nachbarn füreinander gestärkt und nützliche Sicherheitstipps werden gegeben“, erklärt Steindl das erfolgreiche Konzept. ♦

STEIERMARK

„Wir schaffen Green-Jobs“



Durch Investitionen in erneuerbare Energien sichert das Land Steiermark tausende Arbeitsplätze und schafft mittelfristig neue.

„Viele reden von Green-Jobs, wir schaffen sie“, zeigt sich SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves stolz. Unter seiner Regie wird die Steiermark zum ökologischen Vorzeigebundesland Österreichs. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise wurden in der obersteirischen Stahlindustrie und im Auto-Cluster zahlreiche Arbeitsplätze unwiederbringlich vernichtet. „Aus diesem Grund gilt es nun, die Zukunftstechnologien im Bereich Umwelt und Energie mit voller Innovationskraft zu stärken“, betont Landeshauptmann Franz Voves. Unter dem Titel „Energienstrategie Steiermark 2025“ wurden beispielsweise die Landesförderungen für erneuerbare Energien seit dem Jahr 2005 um das Fünffache erhöht. „Damit konnten die Investitionssummen



SPÖ

Von der Zusammenarbeit zwischen Land Steiermark und Energie Steiermark AG profitieren alle Seiten: Klimaschutz, Arbeitsplatz-Sicherung und Wertschöpfung für die Unternehmen.
(Ök.-Rat K. Totter, LR M. Wegscheider, LH F. Voves, Vorstands-
direktoren O. Kois und O. Kieser)

steirischer Unternehmen um 500 Prozent gesteigert werden. So wurden Arbeitsplätze gesichert und eine Vielzahl von neuen Jobs geschaffen“, betont Umweltsenator Manfred Wegscheider.

Enge Zusammenarbeit mit Energie Steiermark AG

Zwischen Land Steiermark und der Energie Steiermark AG hat sich eine Zu-

sammenarbeit entwickelt, von der beide Seiten profitieren. „Unsere Projekte bringen eine Wertschöpfung von 500 Millionen Euro für steirische Unternehmen und sichern 8.700 heimische Arbeitsplätze“, betonen die beiden Energie-Steiermark-Vorstände Oswin Kois und Olaf Kieser. Bei der ökologischen Neuausrichtung des Unternehmens wird vor allem Augenmerk auf Wasserkraft, Biomasse, Naturgas, Photovoltaik und E-Mobility gelegt. ♦



Bartl

Frauen, lasst euch nicht beirren!

Die Projektleiterin des FEMtech FTI-Projekts FEMroute berichtet über ihren Werdegang und ihre persönlichen Erfahrungen als Frau, die sich für Technik und Forschung interessiert und ihr Interesse zum Beruf gemacht hat.

„Ich empfehle allen Mädchen und Frauen, die sich für Naturwissenschaft und Technik interessieren, sich nicht durch Gegenstände wie Mathematik, Informatik etc. oder von der Überhand an Männern beirren zu lassen.“

Ich besuchte die Tourismusschule Klessheim in Salzburg und studierte anschließend Informationstechnik und Systemmanagement an der Fachhochschule Salzburg. Die Wahl für ein technisches Studium nach meiner touristischen Ausbildung fiel aufgrund meines hohen persönlichen Interesses, aber auch aufgrund der Tatsache, dass beide Brüder bereits eine technische Studienrichtung gewählt haben. Nach der kaufmännisch-wirtschaftlichen Ausbildung war das technische Studium nicht der einfachste Weg, jedoch die richtige Entscheidung, da die Kombination der Fachbereiche Tourismus und Technik ein spannendes Handlungsfeld darstellt und sowohl wirtschaftliches als auch technisches Verständnis erfordert.

Seit 2005 bin ich bei der Salzburg Research Forschungsgesellschaft beschäftigt, einer im Eigentum des Landes Salzburg stehenden außeruniversitären Forschungseinrichtung. Das Unternehmen mit rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreibt Forschung und Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Mein Einstieg in den Bereich der Forschung erfolgte über das Kompetenzzentrum e-Motion (e-motion.salzburgresearch.at), das mir die praktische Anwendung meines touris-



Das Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Berufen sollte bereits in jungen Jahren mehr gefördert werden.

schen und technischen Fachwissens ermöglichte. Mein derzeitiger Arbeitsschwerpunkt liegt in der Konzeption und Entwicklung von Navigationssystemen für Fußgängerinnen und Fußgänger. Als Projektleiterin des FEMtech FTI-Projekts FEMroute (siehe femroute.salzburgresearch.at) beschäftige ich mich insbesondere mit genderspezifischen Anforderungen im Bereich der Routenplanung (Routenauswahlkriterien) für Fußgängerinnen und Fußgänger. Ziel des Projekts FEMroute ist es, neben einer schnellen oder kürzeren Route zukünftig auch eine sichere, kinderfreundliche oder attraktive Route in Routenplanungssystemen auswählen zu können.

Meine Meinung bezüglich Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen ist, dass sich insbesondere Mädchen und Frauen, die sich für Naturwissenschaften und Technik interessieren, nicht durch Gegenstände wie Mathematik, Informatik etc. oder von der Überhand an Männern beirren lassen sollten (was meine Erfahrung in Gesprächen mit Schülerinnen jedoch zeigt). Fachlich ist durch Ehrgeiz, Fleiß und Durchhaltevermögen sehr viel zu leisten und in der Arbeitswelt stehen vor allem die erbrachte Leistung und der Mensch im Vordergrund. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass das Interesse von Kindern – vor allem von Mädchen – an naturwissenschaftlichen und technischen Berufen bereits in jungen Jahren mehr gefördert werden müsste. Daher liegt ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit in der Umsetzung unternehmensinterner, frauenfördernder Maßnahmen wie beispielsweise die Umsetzung einer betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtung mit technisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt oder die betrieblichen Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. ♦

Dlin (FH) **Elisabeth Häusler** gehört der Forschungsgruppe „Mobile and Web-based Information Systems“ der Salzburg Research Forschungsgesellschaft an. Der Arbeitsschwerpunkt der Informatikerin liegt in der Konzeption und Entwicklung mobiler und desktop-basierter Informationssysteme.

TERMINKALENDER

Frauentagstermine 2010 nach Landesorganisationen

Mehr Termine zum Frauentag 2010 finden Sie unter www.frauen.spoe.at.

Burgenland

Montag, 8. 3

Kampagnenaufakt

„Karriere jetzt“

mit Landesrätin
Verena Dunst

Beginn: 9.00 Uhr
EZE

Ruster Straße 82-104
7000 Eisenstadt

Dienstag, 9. 3

frau.macht.medien

Journalistinnen-Politikerin-
nen-Meeting

Beginn: 19.00 Uhr
Bienenkorb im Hotel
Burgenland

Franz Schubert Platz 1
7000 Eisenstadt

Samstag, 13. 3

Eröffnung der Ausstellung

„100 Jahre SPÖ Frauen“

mit gemütlichem
Frauenempfang

Beginn: 13.30 Uhr
Rotes Haus

Permayerstraße 2
7000 Eisenstadt

Niederösterreich

Montag, 8. 3

Vortrag

„Kraft der Gedanken“

Beginn: 19.00 Uhr
Volksheim

Siegmundshergberg

Rollentausch mit SJ-Frauen

Beginn: 14.00 Uhr
EKZ Horn
3580 Horn

„Echte Frauen haben
Kurven“

Beginn: 19.00 Uhr
Megaplex St.Pölten
3100 Pölten

Samstag, 13. März

Frauenfrühstück

Von: 9.00 – 12.00 Uhr
Hauptplatz
3200 Obergrafendorf

Oberösterreich

Montag, 8. 3

Nicken Sie zum Frauentag!

„Frauen sollen von
ihrem Einkommen leben
können. Klar, oder?!“

Eine Aktion für gerechte
Frauenlöhne der SPÖ OÖ
an Ausfahrtstraßen in den
Bezirken am Morgen

Kärnten

Montag, 8. 3

Pressekonferenz

anlässlich der
Präsentation
des Buches

„Lebensbilder“

Beginn: 11.00 Uhr
SPÖ-Klub, Landhaus
9020 Klagenfurt

Buchpräsentation

mit Landesfrauen-
vorsitzender, Bundesrätin
Ana Blatnik

Beginn: 18.00 Uhr
Buchhandlung Hacek
Paulitschgasse 5-7
9020 Klagenfurt

Salzburg

Montag, 8. 3.

Aktion zu Teilzeitarbeit

Beginn: 16.30 Uhr
Neue Mitte Lehen
5020 Salzburg

Steiermark

Montag, 8. 3

Diskussionsveranstaltung
„Desperate housewives –
oder was vom Tage
übrig bleibt“

Beginn: 12.30 Uhr
In der Orangerie
im Burggarten
8020 Graz

Tirol

Montag, 8. 3

Frauensolidaritätsmarsch

am Internationalen Tag
der Frau

Von: 16.00 – 19.00 Uhr
Landeck,
Treffpunkt altes Kino

Vorarlberg

Montag, 8. 3

Frauentagsaktion

Von: 18.00 – 19.00 Uhr
Vor dem ORF-Zentrum
6850 Dornbirn

Wien

Montag, 8. 3

Frauentag im Parlament
zum Thema:

„FRAUenARBEIT – von
prekärer Beschäftigung
bis zur gläsernen Decke“

Beginn: 16.30 Uhr
Abgeordnetensprechzimmer
des Parlaments
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Offenes Rathaus für alle Wienerinnen

Von: 15.00 – 20.00 Uhr
Festsaal Wiener Rathaus

Dienstag, 16.3

frauen.NETZ.talk

Die SPÖ Frauen laden
zum „frauen.NETZ.talk“
mit Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek
und Margit Fischer

Anmeldung:
direkt@spoe.at
Tel.: 0810 810 211

Beginn: 18.00 Uhr
Im Ringturm

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien,
Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion:
Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtl, Mag^a Regine Bohrn,
Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275,
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at,
Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.europeansforfinancialreform.org

Regulate global Finance now!

Wir erleben die Folgen einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die auf vollkommen entfesselten Finanzmärkten entstanden ist, auf denen Profitgier mehr zählt als soziale Sicherheit, sichere Arbeitsplätze und faire Löhne. Die europäische Sozialdemokratie hat in einer Koalition mit Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen, Bürgern und progressiven Parteien jetzt eine Kampagne für echte Reformen im Bank- und

Finanzwesen in Gang gesetzt. Ziel ist es, für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte zu sorgen, mehr Transparenz zu schaffen, die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken, Konsumenten zu schützen sowie Spekulation und Steuerbetrug zu bekämpfen.

Auf der Internetseite
www.europeansforfinancialreform.org
kann man diese wichtige Initiative mit seiner Unterschrift unterstützen. ◆





Innovation auf vier Rädern

Vor der Regierungsklausur ging es zu einem Betriebsbesuch: Gemeinsam mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer und dem steirischen LH Franz Voves besuchte Bundeskanzler Werner Faymann das Magna-Steyr-Werk. Angesichts einer wahren Innovation auf vier Rädern, nämlich dem neuen E-Mini, einem Mini mit Elektro-Antrieb, betonte Faymann stolz: „Österreich behauptet sich damit als einer der wichtigsten Standorte der Welt im automobilen Hightech-Sektor.“

Zwei Tage, viele Erfolge

Graz hat sich als guter Boden für die Regierungsklausur erwiesen. Denn das zweitägige Arbeitstreffen hat eine Reihe von Erfolgen gebracht, die klarmachen: Unser Land wird noch sozialer und gerechter. So sieht erfolgreiches Arbeiten für Österreich aus.



Fotos: BKA